A21 Rahmenbedingungen für Pflegefamilien stärken

Antragsteller*in: Catharina Johanna Nies (KV Flensburg)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Als Gesellschaft ist es deshalb unsere Aufgabe, ihnen ein gutes und sicheres Aufwachsen zu ermöglichen. Sie sollen sich in ihrer Identität und Persönlichkeit entdecken und entfalten können. Dies ist leider nicht für alle Kinder und Jugendlichen Realität. Gerade junge Menschen, die nicht bei ihren leiblichen Eltern leben, sind besonders schutzbedürftig. Es ist wichtig, ihnen die Chance zu geben, in einem familiären Kontext aufzuwachsen. Deshalb leisten Pflegefamilien einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und die Entwicklung der Kinder. Um für letzteres möglichst gute Rahmenbedingungen zu ermöglichen, ist eine gute Ausgestaltung der Zusammenarbeit des gesamten Systems zwischen Herkunftsfamilie, Pflegefamilie und Pflegekind entscheidend.

Gemeinsam auf Kreis-, Landes- und Bundesebene wollen wir Pflegekinder in ihren Rechten stärken, die Rahmenbedingungen für Pflegefamilien verbessern, einheitlicher gestalten und auch den Herkunftsfamilien eine gute Begleitung ermöglichen.

Um mehr Menschen darin zu bestärken die Aufgabe von Pflegeeltern zu übernehmen und Kindern ein familiäres Zuhause zu ermöglichen braucht es vor allem Anerkennung, Wertschätzung und mehr Transparenz über Unterstützungsmöglichkeiten. Die Rahmenbedingungen für Förderung und Unterstützungsleistungen – insbesondere bei Kindern mit körperlicher oder seelischer Behinderung oder Beeinträchtigung – und der Antragsverfahren sollen zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten einheitlicher und insgesamt nachvollziehbarer gestaltet werden. Dazu gehören beispielsweise das Hinwirken auf ein einheitliches Bedarfsermittlungsverfahren zum Mehrbedarf, aber auch angeglichene Personalschlüssel, begleitende Hilfen und Erstausstattung. Auch die Begleitung der Herkunftsfamilien während der Zeit der Kinder in der Pflegefamilie soll ausreichend Berücksichtigung finden.

Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen setzt sich auf Kreis-, Landes- und Bundesebene für folgende Punkte ein:

- die Fortschreibung der Pauschalbeträge in der Vollzeitpflege soll sich auch künftig weiterhin an den Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge orientieren
- Pflegeeltern erhalten einen gleichberechtigten Zugang zum Bundeselterngeld.
- es wird eine transparente und einheitliche Beihilfepolitik der Jugendämter sowie eine einheitliche Mehrbedarfsermittlung angestrebt; zusätzliche Zuwendungen sollten mit geringerem bürokratischem Aufwand zugänglich sein
- Stärkung der Vorbereitung, Qualifizierung und fachlichen Begleitung von Pflegeeltern durch Fortbildung- und Supervision
- Stärkung der Arbeit mit den Herkunftsfamilien durch einen guten Fachkräfteschlüssel in den Jugendämtern
- Stärkung der Fortbildungsmöglichkeiten der Fachkräfte in der Pflegekinderhilfe (auch im Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen)
- Hinwirken auf verbesserte Personalschlüssel in der Pflegekinderhilfe von maximal 1:30
- Hinwirken auf einen landesweit einheitlichen Zugang von Kindern mit seelischer oder körperlicher Behinderung oder Beeinträchtigung zu Unterstützungsleistungen durch Anerkennung ihrer Mehrbedarfe
- Schaffung zusätzliche Entlastungsangebote für Pflegefamilien
- Unterstützung von Selbstvertretungsstrukturen von Pflegeeltern und Pflegekindern und Ausbau der Vernetzung zwischen den Pflegefamilien

Begründung

In Schleswig-Holstein gibt es mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche, die in Pflegefamilien leben, davon über 800 in einer verwandten Familie und mehr als 2.300 in privaten Haushalten einer nicht verwandten Familie[1]. Gleichzeitig berichten Jugendämter von den Herausforderungen bei der Suche nach Plätzen in der Vollzeitpflege. Immer weniger Pflegefamilien fühlen sich den Herausforderungen gewachsen. Wir brauchen aber Menschen, die sich dieser wichtigen Aufgabe annehmen.

Um das zu erreichen, benötigt es mehr Anerkennung und Unterstützung für Pflegeeltern, die in diese besondere Verantwortung gehen. Damit einher gehen eine gute Beratung und Begleitung seitens der Pflegekinderhilfe. Pflegeeltern sowie Herkunftsfamilien müssen transparent und umfangreich über alle Förder- und Fortbildungsangebote informiert werden. Es darf ebenfalls nicht an den finanziellen Möglichkeiten scheitern. Sowohl die Pauschalen für den Sachaufwand sowie für Pflege- und Erziehung dürfen nicht zu knapp ausfallen.

In diesem Sinne soll mehr Transparenz über die Rechte, finanziellen und beihilferechtlichen Möglichkeiten und Möglichkeiten der Förderung für Pflegekinder hergestellt werden. So wollen wir

Förderleistungen besser zugänglich machen. Beihilfe-Richtlinien der Kreise und kreisfreien Städte sollen öffentlich einsehbar gemacht werden und Sorgeberechtigte in der Antragsstellung gut unterstützt.

[1] Kinder- und Jugendhilfestatistik zum 31.12.2022.

Unterstützer*innen

Christian Osbar (KV Kiel); Martin Drees (KV Plön); Inken Carstensen-Herold (KV Steinburg); Tobias Lentz (KV Flensburg); Merle Calmano (KV Ostholstein); Martina Bordukat (KV Ostholstein); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Ocean Renner (KV Nordfriesland)